

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Doll

Datum:
21.02.2018

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Resolution 100 % Menschenwürde" (Antrag der Fraktion Die LINKE vom 16.02.2018, eingegangen am 16.02.2018 um 00:52 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	13.03.2018	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2018	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag der Fraktion Die LINKE vom 16.02.2018, eingegangen am 16.02.2018 um 00:52 Uhr

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage: 16,00 €

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja

Nein

Teilhaushalt / Kostenstelle:

Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Antrag der Fraktion Die LINKE vom 16.02.2018, eingegangen am 16.02.2018 um 00:52 Uhr

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

eing. am 16.02.18 um 00:52 Uhr



DIE LINKE.

FRAKTION
im Rat der Hansestadt Lüneburg

David Amri

Altenbrückertorstr. 2
21335 Lüneburg

Tel: 04131 – 28 43 346

stadtrat@dielinke-lueneburg.de
www.dielinke-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
Den Rat der Hansestadt Lüneburg
Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

ht 22/2 .

16.02.2018

Antrag im Rahmen der Lüneburger Wochen gegen Rassismus zum Beschluss der Resolution „100 % Menschenwürde – Für ein diskriminierungsfreies Lüneburg“

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge zur nächsten Sitzung am 15. März 2018 folgende Resolution beschließen:

Resolution 100% Menschenwürde: Für ein diskriminierungsfreies Lüneburg

Der Rat der Hansestadt Lüneburg wendet sich entschieden gegen jede Form von menschenfeindlicher Hetze. Die Gestaltung Lüneburgs im Sinne eines vielfältigen und weltoffenen Gemeinwesens hat für die Mitglieder des Rates der Hansestadt Lüneburg oberste Priorität. Jegliche Diskriminierung aufgrund der Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, des sozialen Status, des Geschlechts oder der sexuellen Identität eines Menschen ist zu verurteilen. Den von Diskriminierung Betroffenen gilt die volle Solidarität.

Rassismus und Diskriminierung legitimieren gesellschaftliche Unterschiede und Hierarchien, gehören zu unserem Alltag und werden häufig nicht erkannt. Der Anspruch der Mitglieder des Rates ist es, auf eine bestmögliche Sensibilisierung für jegliche Form der Diskriminierung hinzuwirken. Eine klare Positionierung von Ratsmitgliedern und Verwaltung gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung wird als Signal für ein diskriminierungsfreies Lüneburg begrüßt.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg macht es zu seiner Aufgabe, Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Bei der Gestaltung von kommunalen Orten des Gedenkens und Erinnerens an die Opfer von Krieg und Terror kommt der Perspektive der Opfer deutscher Kriegsverbrechen eine besondere Bedeutung zu.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg wendet sich entschieden gegen jedwede Bestrebungen, kommunale Institutionen zur Verbreitung oder Unterstützung diskriminierender Inhalte zu instrumentalisieren. Die Basis für ein gleichberechtigtes und vielfältiges Miteinander ist die Anerkennung und die Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte.

Begründung

Im Zeitraum vom 12. bis zum 23.03.18 finden die Lüneburger Wochen gegen Rassismus statt, die von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis organisiert und ausgerichtet werden. Sie sind Teil der Internationalen Wochen gegen Rassismus, zu denen weltweit im Zeitraum um den 21. März - seit 1966 laut UN-Resolution Internationaler Tag gegen Rassismus – Veranstaltungen für Toleranz und für die Beseitigung von Rassismus stattfinden. Anlass für diesen UN-Aktionstag war das sogenannte Massaker von Sharpeville. Am 21. März 1960 demonstrierten rund 20.000 Menschen im südafrikanischen Sharpeville nahe Johannesburg friedlich gegen die diskriminierenden Passgesetze des damaligen Apartheid-Regimes. Die Polizei erschoss bei den Protesten 69 Demonstrierende, mindestens 180 wurden verletzt.

Das Motto der Lüneburger Wochen gegen Rassismus lautet „100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus!“ Erklärter Anspruch der Akteur*innen ist das Hinwirken auf eine diskriminierungs- und damit rassismusfreie Gesellschaft. Dazu steht das miteinander und voneinander lernen im Vordergrund sowie die unabdingbare Bereitschaft, eigene verinnerlichte rassistische Selbst- und Fremdbilder zu reflektieren. Der Rat der Hansestadt Lüneburg könnte durch das Verabschieden einer Resolution für 100% Menschenwürde in Lüneburg die Wertschätzung für das zivilgesellschaftliche Engagement im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit ausdrücken und somit gleichzeitig selbst ein Zeichen für ein diskriminierungsfreies Gemeinwesen setzen.

Das Verabschieden einer Resolution für 100% Menschenwürde wäre zudem eine deutliche Positionierung gegenüber den massiven Herabwürdigungen, wie sie im zeitlichen Umfeld der Ratssitzung vom 1.2.18 in Internetportalen, Mails und Briefen gegen Mitglieder der Universität, gegen Vertreterinnen und Vertreter der Lüneburger Zivilgesellschaft und der lokalen Medien sowie gegen einzelne Ratsmitglieder stattgefunden haben.

Eine Resolution für 100% Menschenwürde wäre gleichzeitig ein Signal in der Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Lüneburger Erinnerungskultur und ein Signal zur Bereitschaft eines hoffentlich großen Teils der Ratsmitglieder, offen und selbstkritisch mit eigenen Überzeugungen und Denkmustern umzugehen. Die Fraktion DIE LINKE. schließt sich dabei explizit mit ein, weil eine ständige Bereitschaft zur Selbstreflektion und zur Sensibilisierung für Diskriminierung zu unserem demokratischen Grundverständnis gehört. Dies ist umso wichtiger, um jedwede Versuche, die darauf abzielen, demokratische Institutionen wie den Stadtrat zur Verbreitung herabwürdigender Inhalte zu instrumentalisieren, zu erkennen und zurückzuweisen.

Des Weiteren erscheint eine klare Zurückweisung von jeglichem Antisemitismus als notwendiges Zeichen, weil auch diesem im Rahmen der Ratssitzung vom 1.2.18 in Lüneburg eine Bühne geboten wurde - wenn auch außerhalb des Sitzungssaals -, auf der unerträgliche Relativierungen in Bezug auf den Holocaust stattgefunden haben. Antisemitische Einstellungen wirken in der Gesellschaft dauerhaft fort. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten. Der Stadt Lüneburg kommt dabei aufgrund ihrer militärischen Geschichte eine besondere Verantwortung zu.



David Amri
Fraktion DIE LINKE.
Rat der Hansestadt Lüneburg